

DIE LINKE. KV MG – Hauptstr. 2 – 41236 Mönchengladbach

Parteibüro

Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 02166 9792243
Fax: 02166 9792242
E-Mail: vorstand@die-linke-mg.de
Internet: <http://die-linke-mg.de>

Stellungnahme Grundschule Waisenhausstraße

An alle Interessierten,

in der jüngsten Vergangenheit sind Eltern der aktuellen Klassenstufe 2 der Grundschule Waisenhausstraße an uns herangetreten und haben uns ihre Sorgen bezüglich des geplanten Teilstandortes „Wilhelm-Strauß-Straße 94“ geschildert.

Es verwundert uns doch sehr, dass die Sorgen und Bedenken der betroffenen Eltern und Kinder scheinbar nicht ernst genommen und abgetan werden. Wir teilen diese Bedenken, nehmen das Anliegen sehr ernst und möchten im Folgenden eine Einschätzung zum Umgang mit den Betroffenen und der fachlichen Umsetzung vornehmen.

„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung.“¹

Dieser Grundsatz scheint bei der Entscheidung die zukünftige Stufe 3 der Grundschule Waisenhausstraße nicht berücksichtigt worden zu sein.

Die Auslagerung einer gesamten Stufe für zwei Jahre an einen Standort, der nicht in den Schulverbund eingebunden ist, kann keine gute Lösung sein. Zudem ist der geplante Standort nicht inklusiv und stark sanierungsbedürftig. Es darf bereits jetzt infrage gestellt werden, wie es gelingen soll, den Standort bis zum Start des nächsten Schuljahres auf den notwendigen Stand zu bringen.

Die betroffenen Kinder werden innerhalb von zwei Jahren zweimal einen Schulwechsel durchmachen müssen. Dies kann auch nicht mit Aussagen wie „Die schaffen das schon“ abgetan werden. Viel eher zeugen derlei Aussagen davon, dass die Entscheidung für den Teilstandort auf unfachliche Einschätzungen beruhen.

Der Beschluss der Kultusminister Konferenz² ist ebenso eindeutig. Hierin wird noch einmal „... [die] partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Schule und Eltern bei der Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele [betont]. Hierbei achtet die Schule das

¹ § 1 Absatz 1 NRW - SchulG

² Beschluss der KMK vom 04.12.2003 i. d. F. vom 23.06.2022 “Bildung und Erziehung als gemeinsame Aufgabe von Eltern und Schule – Informationen der Länder über die Zusammenarbeit von Eltern und Schule”

Erziehungsrecht der Eltern (§ 2, § 62 SchulG) sowie den Grundsatz, dass neben den Fähigkeiten und Neigungen der Schülerinnen und Schüler der Wille der Eltern den Bildungsweg bestimmt (§1 SchulG).

Hierzu gehört, dass Eltern zu allen grundsätzlichen und wichtigen Schulangelegenheiten informiert und beraten werden. (KMK 2022: 5f.)“

Nach Schilderung der Eltern wurden diese mit Schreiben vom 13.02.2023 vor vollendete Tatsachen gesetzt. Eine vorherige Beratung hat nicht stattgefunden. Dies verwundert vor allem vor dem Hintergrund, dass die Raumnot und steigenden Schüler:innenzahlen bereits seit mehreren Jahren hinlänglich bekannt waren und an den zuständigen Stellen von der ehemaligen Rektorin Stegemann-Hirsch angezeigt wurden. Es entsteht der Eindruck, dass das Problem so lange verschleppt wurde, dass eine unnötig übereilte und inadäquate Lösung her musste. Vor dem Hintergrund der noch weiter gestiegenen Schüler:innenzahlen aufgrund der ukrainischen Geflüchteten ist die Raumnot so akut geworden, dass eine schnelle Lösung her musste und bietet darüber hinaus die perfekte Möglichkeit, das bisherige Versagen zu verschleiern. Man tut so, als wäre diese Entwicklung aufgrund der aktuellen Situation entstanden und nicht absehbar gewesen. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir aus vollem Herzen alle Hilfen, die ukrainische Familien erfahren, schätzen, unterstützen und solidarisch an ihrer Seite stehen.

Wer den Umgang mit den betroffenen Eltern z. B. bei den Rheydter Gesprächen am 22.03.2023 miterlebt hat, wird verstehen, dass die Eltern tief betroffen und voller Sorgen und Ängste sind. Obwohl diese Sorgen und Ängste adäquat und nachvollziehbar vorgetragen wurden, lässt man sie weiter im Regen stehen. An dieser Stelle darf die Frage aufgeworfen werden, ob dies auch der Fall wäre, wenn es sich nicht um migrantisch gelesene und wirtschaftlich schwächere Eltern handeln würde.

So wurde uns geschildert, dass eine Vielzahl der Eltern Angst davor haben, ihre Sorgen und Ängste zu vertreten, da sie Konsequenzen für Aufenthaltstitel und das Empfangen von Leistungen fürchten und häufig nicht wissen, dass und welche Rechte sie haben.

Ob hier eine Strategie der Entscheidungsträger:innen vorliegt, bleibt natürlich reine Spekulation, dass dies aber nicht von den entsprechenden Stellen erkannt wird, hinterlässt einen faden Beigeschmack und lässt zumindest den Schluss zu, dass es hier an Empathie und Lebensweltwissen fehlt.

Lassen Sie die Eltern und Kinder nicht im Regen stehen und nehmen Sie die Bedenken ernst. Es gibt sehr wohl andere Lösungen, wenn man denn will. Es wäre z. B. möglich, die Räumlichkeiten des SKM zu nutzen und die Kinder wären weiterhin in den Schulalltag und -verbund eingebunden.

Mit solidarischen Grüßen

DIE LINKE. KV Mönchengladbach
Julia Keil | Jonathan Harrison | Sabrina Krause
Vorstand
